

schließlich der damit verbundenen militärischen Vereinbarungen niemanden bedroht und zu einer sich entwickelnden breiten europäischen Sicherheitsarchitektur beiträgt, basierend auf aufrichtiger Kooperation innerhalb ganz Europas, die die Sicherheit und Stabilität aller stärkt.

D. Auswirkungen auf den Entscheidungsprozeß über europäische Sicherheit und Stabilität

29. Der Entscheidungsprozeß über eine Erweiterung wird in Übereinstimmung mit dem Washingtoner Vertrag stehen. Jede Einladung wird aus der Sache selbst, von Fall für Fall und in Übereinstimmung mit den in dieser Studie genannten Prinzipien sowie unter Berücksichtigung der politischen und der mit Sicherheit verbundenen Entwicklungen in ganz Europa entschieden. Besonders in der Zwischenzeit ist es wichtig, nicht die Möglichkeit einer eventuellen Allianz-Mitgliedschaft irgendeines europäischen Staates in Übereinstimmung mit Artikel 10 des Washingtoner Vertrags auszuschließen.

30. Länder können eingeladen werden, nacheinander beizutreten, oder mehrere Länder können gleichzeitig eingeladen werden, beizutreten, dabei berücksichtigend, daß alle Alliierten auf der Grundlage eines Konsenses über jede Einladung entscheiden; das heißt: neue Alliierte müssen sich dem Konsens für nachfolgende Einladungen anschließen. Der schrittweise Zugang wäre imstande, den Einwand abzuschwächen, daß andere ausgeschlossen werden könnten, und es leichter zu machen, mit einem oder mehreren Ländern zu beginnen, aber er birgt auch das Risiko, die Dauer des Zugangs auszuweiten und damit die Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Angelegenheiten der Allianz abzulenken. Gleichzeitige Zugänge würden die Möglichkeit eines Vetos neuer Mitglieder gegen andere, die zum selben Zeitpunkt beitreten, ausschließen; jede Entscheidung über einen gleichzeitigen Zugang sollte die Beziehungen zwischen den zukünftigen neuen Mitgliedern und die Auswirkungen auf andere Staaten berücksichtigen, einschließlich deren Beziehungen zur NATO. Mit dem Beitritt eines neuen Mitgliedes/neuer Mitglieder zum Washingtoner Vertrag verbundene gesetzgeberische Ratifizierungserwägungen in Ländern der Allianz sollten ebenso Berücksichtigung finden.

Besorgnisse, daß ein neues Mitglied hinter sich „die Tür zumachen“ könnte gegen die zukünftige Aufnahme anderer Länder, die ebenfalls eine NATO-Mitgliedschaft anstreben, sind bereits in Zusammenhang mit der Diskussion der NATO-Erweiterung zum Ausdruck gebracht worden. Eine solche Situation gilt es zu vermeiden; die Allianz gründet auf der Gemeinsamkeit der Sichtweisen und einer Verpflichtung, auf einen Konsens hinzuwirken; Teil der Qualifizierung eines möglichen neuen Mitglieds ist die demonstrierte Verpflichtung auf jenen Prozeß und jene Werte. Wir laden zukünftige neue Mitglieder ein zu bekräftigen, daß sie dies verstanden haben und akzeptieren und entsprechend in gutem Vertrauen handeln. Wenn angebracht, wird die Allianz spezifische politische Verpflichtungen im Verlauf der Beitrittsverhandlungen verlangen.

Rede von Premierminister Alain Juppé am Institut des Hautes Études de Défense Nationale in Paris am 7. September 1995

(Auszug)

Es wird Sie wohl nicht überraschen, wenn ich den Hauptteil meiner Ausführungen ganz bewußt der nuklearen Abschreckung widme. Diese Frage steht seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Brennpunkt der internationalen Diskussion. Sie ist auch in Frankreich hochaktuell, denn wir beschäftigen uns zur Zeit ganz intensiv mit unserer Verteidigungspolitik, und aufgrund unserer letzten Atomversuche stehen wir im Mittelpunkt einer internationalen Diskussion.

1. Lassen Sie uns erstens feststellen, daß die Geschichte die von Frankreich im Laufe der letzten 50 Jahre getroffenen Entscheidungen voll bestätigt hat.

a) Die Tatsache, daß wir über die Atomwaffe verfügen, hat Frankreich zunächst auf der Weltbühne eine bedeutendere Rolle zugewiesen, als unserem Land rein rechnerisch zugestanden hätte. Unser Einfluß als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat ist ein Beispiel dafür, wenn auch die Wahl der fünf Mitglieder ursprünglich, und aus gutem Grund, nicht nach dem Nuklearkriterium getroffen wurde.

Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Die Tatsache, daß man seit einigen Jahren mit dem Gedanken spielt, Länder wie Deutschland und Japan in den Sicherheitsrat aufzunehmen, weist nicht nur darauf hin, daß die Nachkriegszeit endgültig vorbei ist. Sie bringt auch zum Ausdruck, daß Großmacht- und Nuklearstatus nicht mehr unbedingt zusammenhängen. Frankreich hat sich übrigens öffentlich für die Aufnahme dieser beiden großen Länder als ständige Mitglieder im Sicherheitsrat ausgesprochen.

b) Zweitens hat uns die Atomwaffe eine Entscheidungsfreiheit gewährt, die wir sonst kaum gehabt hätten. Die Suez-Ereignisse im Jahre 1956 haben für die Notwendigkeit einer größeren politischen Eigenständigkeit der französischen Politik einen eindeutigen Beweis erbracht. Die nationale Abschreckungswaffe hat zweifelsohne diese Rolle gespielt.

Wir müssen uns jedoch bewußt sein, daß wir nun in einer Welt leben, in der Interdependenz, die großen geistigen Strömungen und die Öffnung der Grenzen ebenso starke Antriebskräfte darstellen wie das nationale Interesse und die Souveränität. Die Zukunft der Nation wird immer stärker im Zusammenwirken mit allen europäischen Ländern entschieden werden, und die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten werden jetzt partnerschaftlicher ausfallen als in Zeiten der Konfrontation zwischen den beiden Supermächten: Dies erweitert zwangsläufig unsere Perspektiven.

c) Schließlich hat die französische Abschreckungstreitmacht einen Unsicherheitsfaktor in das Kalkül der sowjetischen Militärstrategen hineingetragen. Sie war ein eigenständiger Faktor, der zweifelsohne die Ausarbeitung der Militärstrategie des ehemaligen kommunistischen Regimes erschwert hat. Wenn es auch schwierig ist, schlüssig zu beweisen, daß das fünfzigjährige Ausbleiben eines Kriegs in Europa allein auf die nukleare Abschreckung zurückzuführen ist, so kann man doch behaupten, daß die französische Atomwaffen im Rahmen der westlichen Abschreckung eine Sonderrolle gespielt und dazu beigetragen haben, das westliche Abschreckungspotential zugunsten des Friedens in Europa zu stärken. Der Zusammenbruch der Sowjetunion scheint aber dieser Wahrheit jetzt historischen Charakter zu geben.

2. Wir haben also allen Grund, uns heute über unsere Verteidigungspolitik Gedanken zu machen. Dies gilt übrigens für alle fünf Atommächte. Alle müssen sich intensiv darum bemühen, aus den seit Ende der 80er Jahre eingetretenen tiefgreifenden Veränderungen die Konsequenzen zu ziehen. Alle gehen diesbezüglich einen eigenen Weg. Dies wird in jedem Fall ein langwieriger und schwieriger Prozeß sein, weil nicht nur Unsicherheit darüber besteht, wie die Lösungen aussehen sollen, sondern auch darüber, wie die Fragen formuliert werden müssen.

Dringlich ist nicht, für alle Bereiche schnelle Antworten zu liefern; dringlich ist vielmehr eine sachliche und umsichtige Analyse der Faktoren, die über Jahrzehnte der Verteidigungspolitik unserer Länder zugrunde lagen. Diese Entscheidung hat Frankreich bereits getroffen. Wie Sie wissen, sind wir dabei, unsere Verteidigungspolitik zu überdenken. Das war eine der ersten Entscheidungen des Staatsoberhauptes nach seiner Wahl. Es zeigt, wie wichtig ihm diese Sache ist.

a) Dabei müssen wir die wichtigen politischen und militärischen Vorgaben im Auge behalten. Die Auflösung des Warschauer Paktes wurde so ausgiebig kommentiert, daß ich mich auf das Wesentliche beschränken möchte. Moskau ist nicht mehr die Hauptstadt eines Landes, dessen Ideologie unsere Demokratien im Namen der geschichtlichen Notwendigkeit zum Verschwinden verdammt. Etwa zehn Länder Mittel- und Osteuropas dürften sich in naher Zukunft der Europäischen Union anschließen. Die neuen Bande, die wir allmählich mit Rußland knüpfen, machen das Wiedererstarke einer massiven Bedrohung, deren Ausmaß und Gewalt von vielen erst im nachhinein wahrgenommen wurde, sehr unwahrscheinlich; womit sich Atomwaffen nicht mehr so einfach rechtfertigen lassen; der potentielle Aggressor ist in gewisser Weise verschwunden.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation scheint denjenigen, die immer Bedenken gegen Atomwaffen hatten bzw. sie ablehnten, ein entscheidendes Argument für eine totale Entnuklearisierung des Planeten zu liefern. Für alle anderen macht diese neue Situation zumindest

ein Überdenken der Legitimität unseres Arsenalts in der zukünftigen Welt notwendig. Wir sind dazu bereit, vorausgesetzt, daß man nicht ein wesentliches Faktum ausklammert. In den nächsten zehn bis zwanzig Jahren wird es in Rußland immer noch Tausende von strategischen und taktischen Sprengköpfen geben. Diese Tatsache kann man bedauern, aber sie drängt sich uns um so mehr auf, als dieses Land sich in einem tiefgreifenden und manchmal schmerzhaften Umwandlungsprozeß befindet und noch nicht zu seinem Gleichgewicht zurückgefunden hat. Ich gehöre zu denen, die glauben, daß die in Europa existierenden Atomwaffen auf unserem Kontinent immer noch eine stabilisierende Rolle spielen. Der Kalte Krieg liegt zum Glück hinter uns, aber er wird noch jahrelang unser Dasein überschatten. Die Atomwaffen sind der Beweis.

b) Zweiter wesentlicher Bestandteil unserer Überlegungen ist natürlich der europäische Aufbau, den Frankreich sich wünscht. Auch dieses Ziel trägt gewaltig dazu bei, nicht unbedingt unser Verteidigungskonzept, zumindest aber den Horizont unserer Verteidigung weiterzuentwickeln.

Einige der engsten Partner Frankreichs vertreten bezüglich der Nuklearfrage zurückhaltende oder sogar ablehnende Positionen. Auch das ist eine Tatsache. Unser Wille, eine europäische Verteidigung aufzubauen, verbietet uns, solch unterschiedliche Sensibilitäten zu ignorieren. Wir müssen vielmehr versuchen, auf die Bedenken und die damit verbundenen Sorgen einzugehen. Die ablehnende Haltung der deutschen Öffentlichkeit Atomwaffen gegenüber wurzelt tief in der Geschichte dieses Landes im 20. Jahrhundert: Zu dem tiefen Mißtrauen vieler Deutscher gegenüber militärischer Macht nach den Desastern von 1918 und 1945 gesellt sich die Erinnerung an eine nur einige Jahre zurückliegende Zeit, wo deutscher Boden Hauptschauplatz eines Atomkrieges zu werden drohte. Solche starken Emotionen sind, was wunder, zählbig, insbesondere in einer Zeit, wo das Verschwinden der sowjetischen Bedrohung den Deutschen etwas bringt, was sie für eine einmalige Friedensgarantie halten.

Wir müssen heute noch ein anderes Phänomen in Europa berücksichtigen: Die Erweiterung der Europäischen Union stärkt das Gewicht der Länder, die Atomwaffen ablehnen. Nationen, die auf eine lange Neutralitätstradition zurückblicken, sind der EU beigetreten, ohne das Gefühl zu haben, dies würde im Bereich der Strategie und der Verteidigung etwas ändern, zumindest kurzfristig. Daher ist es nicht erstaunlich, daß sich Unterschiede in dem empfindlichen Bereich der Atomwaffen besonders stark artikulieren. Diese Länder müssen zunächst verstehen, daß ihr Verzicht auf die Atomwaffe, den sie mit dem Beitritt zum NVV (Nichtverbreitungsvertrag – d. Red.) bekundet haben, nicht in Frage gestellt wird. Dreizehn Länder der Union befinden sich in dieser Situation.

Es geht vielmehr um den Erhalt einer grundlegenden europäischen Solidarität in Sachen Verteidigung. Wie gesagt, die jüngsten Ereignisse zeigen, daß dies leider nicht immer der Fall ist. Ich freue mich daher um so mehr, erneut sagen zu können, wie dankbar Frankreich die verantwortungsvolle Reaktion der britischen Regierung und des deutschen Bundeskanzlers aufgenommen hat, nachdem unser Staatschef beschlossen hatte, eine letzte Atomteststreihe durchzuführen.

Wir sollten uns auch alle mit dem Gedanken anfreunden, daß die europäischen Länder ihre Verteidigungspolitik überdenken müssen und daß in diesem Prozeß die Rolle der Atomwaffen, über die zwei europäische Länder verfügen, auch überprüft werden muß. Man kann sich unmöglich damit begnügen, diese Diskussion einfach auf den Standpunkt zu verengen, die Atomwaffe sei archaisch oder überholt, wie einige behaupten. Diejenigen, die das behaupten, sind oft dieselben, die während des Kalten Krieges meinten, die Sowjets seien Pazifisten.

Auch heute noch lassen solche Standpunkte außer acht, daß Atomwaffenarsenale in der Welt weiterbestehen, daß sie europäischen Boden treffen können und daß es die Pflicht der verantwortlichen Politiker ist, dies zu berücksichtigen. Man kann keine Verteidigungspolitik auf guten Absichten oder Emotionen aufbauen. Solange andere Länder Atomwaffen besitzen, wird Frankreich selbstverständlich auch welche haben. Diese Einstellung gebieten die Vorsicht, die Weisheit und die Erfahrung.

c) Nichtsdestoweniger ist eine Diskussion über all diese Fragen mit unseren europäischen Partnern, an erster Stelle mit Großbritannien und Deutschland, erforderlich. Eine neue Form der Konzertation muß gefunden werden. Der Staatschef hat das gerade unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Zwischen Frankreich und Großbritannien wurden bereits wichtige Fragen der Nukleardoktrin in gemeinsamer Arbeit erörtert, mit konkreten Ergebnissen. Unse-

re beiden Länder stehen sich viel näher, als manche glauben. Wir möchten nun diesen Entwicklungsprozeß mit Großbritannien weiterführen, der zu neuen Annäherungen unserer Standpunkte führen könnte. Ich kann mir nur schwer vorstellen, daß es in Zukunft Situationen geben könnte, in denen unsere beiden Länder in Grundsatzfragen wirklich divergierende Verteidigungsinteressen hätten. Der Dialog mit Deutschland muß einige Fakten berücksichtigen und sich vor allem mit einer Fragestellung beschäftigen: Was kann Frankreich anbieten, was Deutschland nicht schon dank der amerikanischen Abschreckung hat? Dies ist ein hochaktuelles Thema zu einem Zeitpunkt, da sich neue Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten entwickeln sollten, die das Atlantische Bündnis gleichzeitig erhalten und erneuern sollen.

Soll nach dem Ende des Kalten Krieges angesichts der deutschen Wiedervereinigung, die eine der tragischsten Episoden in der Geschichte unseres engsten Verbündeten beendet hat, immer noch die Frage nach einer auf Deutschland „erweiterten Abschreckung“ gestellt werden? Ich finde, diese Formulierung könnte nach Bevormundung klingen, daher spreche ich lieber von „konzertierter Abschreckung“, ein Begriff, den ich zum ersten Mal im Januar verwendet habe.

Was bedeutet dieser Begriff? Er weist zunächst darauf hin, daß es einen Dialog zwischen zwei gleichberechtigten Partnern geben muß, über ein Thema, das an deren gemeinsame zukünftige Existenz rührt. Deutschland hat nicht die Absicht, sich Atomwaffen zuzulegen. Es hat dies nach der Wiedervereinigung feierlich verkündet, indem es den Beitritt des neuen Staates zum NVV bestätigt hat. In einer Welt, in der Atomwaffen weiter eine unentbehrliche Rolle spielen werden, allein schon wegen der bestehenden Atomwaffenarsenale, wird die Notwendigkeit, Deutschland gegen eine solche Bedrohung zu schützen, um so dringender.

Jacques Chirac erinnerte 1987 hier vor Ihren Vorgängern daran, daß General de Gaulle „ein gemeinsamer strategischer Raum“ für Frankreich und Deutschland vorschwebte und er dabei betont hätte, daß die Nationen Westeuropas stufenweise zu einem geschlossenen Gebilde zusammenwachsen würden. Hieß das nicht damals schon, daß die vitalen Interessen Frankreichs seit Jahren eher einen politischen als einen geographischen Horizont hätten? Dies ist eines der bedeutendsten Ergebnisse von 50 Jahren Versöhnung und Dialog. Es ist natürlich auch das Ergebnis des europäischen Einigungsprozesses, in dem Frankreich und Deutschland von Anfang an die treibenden Kräfte waren.

Karl Lamers und Andreas Schockenhoff zur Gründung des Arbeitskreises Frankreich der CDU/CSU-Fraktion

(Auszüge)

„Die deutsch-französischen Beziehungen müssen ... auf eine qualitativ neue Stufe gestellt werden.“ Als Beitrag zur Erfüllung dieser Forderung, enthalten in dem Positionspapier der christdemokratischen Bundestagsfraktion vom 1. September 1994 (im Wortlaut dokumentiert in „Blätter“, 10/1994, S. 1271ff.) wird die Gründung des Arbeitskreises Frankreich am 9. Oktober 1995 betrachtet, der unter Leitung von Karl Lamers und Andreas Schockenhoff steht. Die nachstehend Überlegungen, die wir in Auszügen wiedergeben, reflektieren das bilaterale deutsch-französische Verhältnis mit Blick auf die Aufgaben, die in naher Zukunft auf die Europäische Union zukommen. D.Red.

1. Die Reaktionen von Teilen der Öffentlichkeit und der Politik in beiden Ländern auf politische Ereignisse wie die jüngsten französischen Atomtests, Währungskrisen, Osterweiterung der EU und NATO, Wiedervereinigung und manch kleinere Anlässe lassen nicht nur immer wieder unterschiedliche Sichtweisen und Mißverständnisse erkennen, sondern bei näherem Hinsehen auch Ängste und gewisse Vorbehalte. Sie sind zwar keineswegs bestimmend für die Einstellung sowohl der Mehrheit der Bevölkerung wie für die Haltung der Mehrheit der Eliten, besonders der Politik. Dennoch erschweren sie nicht nur die Lösung aktueller Probleme